

Deponie: Land zieht Überwachungssystem vor

Münchehagen: Anrainer und Land Nordrhein-Westfalen setzen Forderungen durch / Dioxine im Sickerwasser

Münchehagen (rv). Anrainerkommunen der Giftdeponie Münchehagen, Bezirksregierung Detmold und das nordrheinwestfälische Umweltministerium (MURI) haben bei der Landesregierung durchgesetzt, die Einrichtung des Grundwasser-Überwachungssystems mit Fertigstellung am 11. Dezember vorzuziehen.

Das Land folgte der Forderung nach einem weitaus größeren Umfang der zu kontrollierenden Gifte. Darunter Dioxinanalysen. Auch eine Nullmessung kommt. Diese hält die vorhandene Belastungssituation fest, an der spätere Veränderungen abzulesen sind. In diesen wesentlichen Zusammenhang gehört eine weitere Meßstation an der Ils oberhalb der Deponie, weil der Brunnen über dem unbelasteten Grundwasserzuström liegt. Die drei ersten Nullbew. Referenzmessungen laufen ab Januar.

Das Bürgerbüro Münchehagen hält regelmäßige Dioxinanalysen im Grundwasser für ein Indiz dafür, daß diese Ultragifte entgegen bisherigen Aussagen der Fachämter doch im Grundwasser transportiert werden könnten.

Meßzyklen und Bewertungsgrundlagen im Rahmen des Gefahrenabwehrplans sollen laut Altlastensicherungs-

gesellschaft (ASG) im November mit Anrainern und MURI, abgestimmt und vertraglich festgehalten werden. Als Konsequenz aus den in den vergangenen Jahren eskalierenen Bewertungstreitigkeiten zwischen Öffentlichkeit, niedersächsischen und westfälischen Fachämtern wollen niedersächsische Behörden bei Bewertungsfragen Fachleute heranziehen, die mit der Deponie nichts zu tun hatten. Darauf hat das MURI gedrängt. Der Landkreis hält diesen Schritt für einen Durchbruch, der den eigenen Interessen entgegenkommt.

Sickerwasser nach Liebenau?

Die ASG hat den Vertrag mit der Firma Umweltschutz-Nord zum 1. Januar gekündigt. Diese behandelte das hochgiftige Deponiesickerwasser bisher in eigenen Anlage auf dem Gelände vor. Die geklärten Mengen sollen auch weiter in die Kläranlage Lemke gefahren werden - möglicherweise aber von Liebenau aus, denn die ASG steht neben anderen Entsorgungsunternehmen auch mit der in Gründung befindlichen neuen Firma „Wasserrreinigung Mittelweser“ (WMW) in Verhandlung. Dahinter stehen die Spedition Franz Fischer und Umweltschutz-Nord. Der

Kreis bestätigte den Antrag auf Bau einer Kläranlage für Industrieabwasser im Liebenauer IVG-Gelände. 15 Arbeitsplätze werden geschaffen, sagte Fischer gestern der HARKE.

Die ASG begründet die Auslagerung mit Kostensenkung, Optimierung der Sickerwasserbehandlung und einer Reduzierung von Störfällen, die es in der Vergangenheit gegeben habe. Zudem solle die problematische Großbaumaßnahme zur Deponiesicherung, Umschließung mit einer Dichtwand, nicht gefährdet werden. Liebenau biete mit einer Kläranlage kurze Wege für den Gefahrentransport. Wenn die Sache nicht und auch nicht schnell gehe, komme eine Anlage in Bremen in Frage.

Die ASG hat der WMW die aktuelle Sickerwasseranalyse übermittelt. Darin werden alle bisherigen Giftstoffe bestätigt. Nach Angaben von Heinrich Bredemeier vom Bürgerbüro befinden sich darunter Dioxinketten mit dem giftigsten Seveso-Dioxin. Bredemeier hält ein Planfeststellungsverfahren für nötig und den Zeitplan zur Beschickung der Liebenauer Anlage selbst dann für unrealistisch, wenn Umweltschutz-Nord die Anlage auf der SAD abbaut und in Liebenau wieder errichtet.

Giftüberwachung

Mini-Durchbruch

Bürgerbüro, BUND und Bürgerinitiativen haben in Zeiten des vom Land gekappten Münchehagen-Verfahrens stets auf Dioxinaustritte aus der Giftkippe hin- und diese mit dem Umweltamt Minden nachgewiesen. Daß das Ergebnis der Gefährdungsabschätzung auf wackeligen Füßen steht, haben Westfalens Umweltministerin und Regierungspräsidentin Detmold bekräftigt: Sie sprechen von Pannen im Baubereich und stellen unwidersprochen Dioxinaustritte in die Ils fest. Daher kommt dem Grundwasser-Überwachungssystem große Bedeutung zu. Daß sich Westfalen bei ASG und Landesregierung durchgesetzt hat, nach Nullmessung die neuen Daten in Fortschreibung der Gefährdungsabschätzung durch unabhängige Experten prüfen und bewerten zu lassen, ist ein kleiner Durchbruch. Denn Eskalationen im Daten- und Bewertungstreit sollen sich nicht wiederholen. Stefan Reckleben